

## Radikalisierung und Aktivierung der Gewerkschaftsarbeit

Im Juniheft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ warnt *Fritz Fricke*<sup>1)</sup> nachdrücklich vor einer „Radikalisierung der Gewerkschaftspolitik in Tonart und Methode“ und fordert statt dessen eine „konstruktive Gewerkschaftspolitik“. Wir müssen aufpassen, daß uns eine Auseinandersetzung über die „Radikalisierung“ der Gewerkschaften nicht von außen aufgedrängt wird. Eine Abgrenzung von *Radikalisierung* und *Aktivierung* der Gewerkschaftsarbeit scheint deshalb notwendig und aufschlußreich. Den Gegnern der Arbeiterbewegung wird jede Aktivität der Gewerkschaften unangenehm sein, und sie werden sich bemühen, ihr entgegenzuwirken, wo immer sie es können. Sie suchen eine Lähmung der gewerkschaftlichen Aktionsbereitschaft u. a. gerade dadurch zu erzielen, daß sie energische und zielbewußte Maßnahmen als Radikalisierungserscheinungen anprangern.

„Über den Radikalismus entscheidet das *Ziel* und nicht die *Methode*“, schrieb „Der Arbeitgeber“<sup>2)</sup> in einer Betrachtung über die Auseinandersetzungen während der Zeit der Weimarer Republik. Diese Begriffsbestimmung ist für die angestrebte Abgrenzung von Radikalisierung und Aktivierung recht brauchbar.

Die stärksten Radikalisierungsvorwürfe richten sich zur Zeit gegen *Dr. Viktor Agartz*, der entscheidend dazu beigetragen hat, daß die Gewerkschaftsarbeit wieder Kontur und klare Zielrichtung bekommt. Die Gewerkschaften schicken sich an, ihren Kampf mit neuen *Methoden* zu führen. Haben sie sich aber plötzlich andere *Ziele* gesetzt? Vollzog sich ein Kurswechsel? Die Unternehmerschaft versucht, einen solchen Eindruck zu erwecken. So wird z. B. Agartz vorgeworfen<sup>3)</sup>, daß er die „deutsche Arbeiterschaft auf den Boden der alten USPD zurückführen möchte“. Eine ausführliche Widerlegung dieser Anschuldigungen erübrigt sich, wenn man an die beiden wesentlichen Programmpunkte der alten USPD erinnert: 1. Totale Sozialisierung der Produktionsmittel; 2. Errichtung einer Diktatur des Proletariats. Niemand wird behaupten und beweisen können, daß der DGB oder Agartz diese Ziele im Auge haben.

In den Zielen der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat sich in der Nachkriegszeit kein Wandel vollzogen. Das Programm des Münchener Gründungskongresses von 1949 ist nach wie vor die Grundlage der Gewerkschaftspolitik. Wenn jetzt eine Zuspitzung der Interessengegensätze droht, dann ist das nicht auf eine „Radikalisierung“ der Gewerkschaften zurückzuführen. Diese Auseinandersetzungen ergeben sich aus der Verbreiterung der Kluft zwischen den Gewerkschaften einerseits und der Unternehmerschaft und einflußreichen politischen Kräften andererseits. In diesem Prozeß hat sich nicht der DGB von den Unternehmern und den Parteien der Regierungskoalition fortentwickelt, sondern diese Kreise entfernten sich von den Gewerkschaften. In den ersten Nachkriegsjahren herrschte weitgehende Übereinstimmung zwischen den Gewerkschaften, den Parteien und Persönlichkeiten des Wirtschafts- und des politischen Lebens darüber, daß neue Wege mit dem Ziel einer sozialen Sicherung und wirtschaftlichen Neuordnung eingeschlagen werden mußten. Diese Übereinstimmung bezog sich auf Ziele und Maßnahmen, die von den Gewerkschaften noch heute unverändert vertreten werden. Auf der Gegenseite aber bemühen sich Industrielle und Politiker, ihre Programme, Prinzipien und Zusicherungen aus früheren Jahren vergessen zu machen.

Es kam seit 1945 zu verhältnismäßig wenigen Konflikten zwischen den Sozialpartnern. In den ersten Nachkriegsjahren hauptsächlich deshalb nicht, weil die Gewerkschaften auf die Einsicht und das Entgegenkommen ihres Sozialpartners vertrauten; in den späteren Jahren vielfach deswegen nicht, weil den Gewerkschaften in entscheidenden Augenblicken

1) Fritz Fricke: Konstruktive Gewerkschaftspolitik, Juniheft 1955, S. 329.

2) Vgl. „Der Arbeitgeber“ vom 5. Juni 1955, S. 378.

3) Vgl. „Der Arbeitgeber“ a.a.O.

eine starke, einigende Hand und ein verlässlicher Kompaß für ihr Handeln fehlten. Nach 1950 setzte der Restaurationsprozeß ein. Mit der Rückkehr der alten Herren und mit der Belebung alter Herrschaftsansprüche wurden die Gewerkschaften mehr und mehr in die Defensive gedrängt und zugleich herausgefordert.

Den herrschenden Gruppen ist jedes Programm und jede Tätigkeit radikal, die auf anderen Wegen als denen der Sozialen Marktwirtschaft eine Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme anstreben. Die Marktwirtschaftler bestreiten meist das Vorhandensein der Probleme und Gefahrensymptome, die den Gewerkschaften Sorge bereiten. Sie sind des Glaubens, daß die freie Wirtschaft in sich harmonisch sei, daß sie letzten Endes alle Probleme lösen und die soziale Frage aus der Welt schaffen werde. Sie beruhigen sich mit der Illusion, daß der wirtschaftliche Aufschwung dauerhaft und unverlierbar sei — sie erwägen nicht einmal staatliche Lenkungsmaßnahmen für den Fall eines Konjunktumschlages. Für sie vollzieht sich die Aufwärtsentwicklung mit naturgesetzlicher Notwendigkeit. So heißt es z. B. in der Schrift „Steigende Produktivität — wachsender Wohlstand“<sup>4)</sup>:

„Größeres Sozialprodukt ermöglicht höhere Löhne! In der Sozialen Marktwirtschaft besteht nun bei steigender Produktivität nicht nur die Möglichkeit, sondern die Gewähr dafür. Die Löhne werden steigen. Es gehört also zu den ‚Spielregeln‘ der Sozialen Marktwirtschaft, daß sich die höhere Produktivität, ein größeres Sozialprodukt, am Ende von selbst in höhere Löhne umsetzen.“

In einer solch paradiesischen Welt ist natürlich für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung kein Platz. Sie ist überflüssig, denn höhere Löhne kommen ja „von selbst“. Unter diesem Aspekt muß man die gegen die Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe sehen. Man erwartet von den Gewerkschaften, daß sie auf die Linie *Erhards* und *Röpkes* einschwenken, daß sie ihre Aufmerksamkeit von der Einkommensverteilung und der sozialen Sicherung abwenden und sie statt dessen auf die Möglichkeiten einer Steigerung der Produktivität und der Kapitalbildung richten.

Welche Vorwürfe müßten wohl die deutschen Gewerkschaften einstecken, wenn sie etwa die Kampfweise der amerikanischen Gewerkschaften übernehmen würden? Die nordamerikanischen Arbeitnehmer-Organisationen sind aber bei den deutschen Unternehmern über jeden Verdacht einer Radikalisierung erhaben, obwohl sie die Waffe des *Streiks* in sehr viel stärkerem Maße anwenden als die deutschen<sup>5)</sup>. Es ist lehrreich, in diesem Zusammenhang auf eine Darstellung von *Dr. Herbert Gross* hinzuweisen:

„Die europäischen Gewerkschaftsfunktionäre verhindern z. B. durch branchenweite Tarifabkommen die Ausschöpfung der größeren Lohn- und Leistungsreserven tüchtiger Unternehmer. Denn sie müssen ja ihre Rahmentarife so konstruieren, daß sie auch noch für den schwächsten Unternehmer der Branche tragbar sind. .. Der amerikanische Gewerkschafter dagegen ist überwiegend auf den einzelnen Betrieb ausgerichtet. Man beginnt Tarifverhandlungen möglichst mit den größten und leistungsfähigsten Firmen und präsentiert dann die erwirkten hohen Löhne auch den schwächeren Mitgliedern der Branche“<sup>6)</sup>.

Wir sehen an diesen Beispielen, daß es nicht die Proklamierung *neuer Ziele* ist, die dem DGB die Vorwürfe der Radikalisierung einbringen. Energischeres Durchgreifen und die Anwendung neuer Methoden zur Erreichung gewerkschaftlicher Ziele kann niemals Radikalisierung bedeuten. Hier handelt es sich um eine echte *Aktivierung*, die keine Laschheit, Unausgeglichenheit und Widersprüchlichkeit in der Gewerkschaftspolitik mehr zulassen will. Das aber ruft die Kräfte auf den Plan, die dadurch ihre Privilegien, ihre Gewinnmöglichkeiten und ihr Alleinbestimmungsrecht in der Wirtschaft gefährdet sehen.

Eine zweite wichtige Frage, die sich aus dem vorher Gesagten ergibt, ist: Auf welchem Wege kann eine stärkere Aktivierung von Funktionären und Mitgliedern erreicht werden? Wie kann man der verbreiteten Unzufriedenheit mit der Gewerkschaftsarbeit der letzten Jahre entgegenwirken und wie ist ein Auftrieb in der Mitgliederbewegung zu erzielen?

4) Herausgegeben von „Die Waage“, Gemeinschaft zur Förderung des Sozialen Ausgleichs e. V., Köln.

5) Siehe dazu: Mitteilungen des WWI, Bund-Verlag Köln, Januar 1955, S. 1 ff., insbesondere Schaubild auf S. 9.

6) Dr. Herbert Gross, Sozialismus in der Krise, 2. Aufl., Frankfurt 1952, S. 92.

1. Notwendig scheint ein stärkeres Hervorheben und eine bessere Berücksichtigung der gewerkschaftlichen *Grundidee*, der zeitlosen Aufgabe der Gewerkschaften, zu sein. Diese Grundidee muß deutlicher ins Bewußtsein der Mitglieder gerückt werden; sie muß darüber hinaus wirkungsvoller und nachhaltiger in die Öffentlichkeit getragen werden. Diese Grundidee besteht in der *Befreiung des arbeitenden Menschen*. Befreiung ist hier in vielfacher Hinsicht gemeint: Befreiung von Not und Existenzbedrohung, Befreiung von Übervorteilung und Unrecht, Befreiung von menschlicher Entwürdigung und sozialer Mißachtung, Befreiung auch von Unwissenheit. Wenn bei diesem Bemühen Erfolge erzielt werden, vielleicht gar einmal das Ziel erreicht sein wird, dann haben die Gewerkschaften die Aufgabe, das Erreichte zu sichern, zu festigen und vor künftiger Bedrohung zu bewahren. Und noch eines: Es handelt sich dabei im Grunde um einen Akt der *Selbstbefreiung* der Arbeitnehmer. Das erfordert tätige Mitwirkung aller. Dies aber setzt einen Bewegungsraum für aktive Anteilnahme des einzelnen voraus. Deshalb fällt diese Aufgabe nicht allein den Gewerkschaftsinstanzen oder Spitzenfunktionären zu. Freiheit kann nicht von oben verordnet werden.

Alle Maßnahmen der Gewerkschaften müssen auf diese Grundidee abgestimmt sein. Mit ihr ist der Maßstab gegeben, an dem alle abgeschlossenen Aktionen, eingetretenen Veränderungen und die erzielten Erfolge auf Wert oder Unwert hin geprüft werden müssen. Auch im Lärm des Tageskampfes, in der verwirrenden Fülle der Kleinarbeit, bei der Beschäftigung mit dem Einzelfall darf der Gewerkschafter diese zeitlose Aufgabe nicht aus dem Auge verlieren. Denn „die Arbeiterbewegung ist keine Lohnbewegung, sondern eine Freiheitsbewegung“ (*Carlo Schmid*).

Wichtig ist weiterhin, daß ein *konkretes Programm* für die praktische Arbeit vorliegt, das sich auf die jeweilige Gegenwartssituation bezieht und erreichbare Nahziele angibt. (Das kürzlich entwickelte Aktionsprogramm ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen.)

Bei allen Bemühungen muß ein unbestechliches *Wahrheitsstreben* ebenso zum Ausdruck kommen wie die Bereitschaft, begangene Fehler einzugestehen und Irrtümer zu korrigieren. Es ist zu erwarten, daß dadurch die Gewerkschaften eine stärkere Anziehungs- und Überzeugungskraft gewinnen. Denn für eine demokratische Bewegung gilt: Überzeugen und nicht überwältigen!

Völlig ungeeignet wäre eine Gewerkschafts“ideologie“. Ideologien machen blind für die Realitäten der Welt und ihre Veränderungen. Mit der Ideologie verhaftet ist das Dogma, der Fanatismus, der Haß, die Intoleranz, die Überheblichkeit, und sie erheischt kritiklose Unterwerfung. Das aber sind Erscheinungen, die wir vom Gewerkschaftsleben mit aller Kraft fernhalten müssen.

2. Eine kämpferische, *streitbare Gewerkschaftspolitik* kann (Fricke ist hier anderer Meinung) mit der Unterstützung der Mitglieder Mehrheit rechnen. Diese Kämpfe dürfen allerdings nicht in den Bahnen des Klassen- oder politischen Kampfes geführt werden. Nicht jeder Kampf ist Klassenkampf. Nicht jeder Kampf bedeutet Arbeitsniederlegung. Es gibt auch geistige Auseinandersetzungen. Man kann sie führen, man kann ihnen auch ausweichen. Der gewerkschaftliche Kampf richtet sich u. a. auch gegen die Hemmungen und Gefahren, die in der Arbeitnehmerschaft selbst auftreten (Unwissenheit, Egoismus, Trägheit, Eigenbrötelei u. a. m.). Entscheidend ist, daß diese Kämpfe gut vorbereitet und gut geführt werden und daß alle gewerkschaftlichen Maßnahmen vom DGB koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Es kommt weiterhin auf eine kluge Beschränkung auf wesentliche und naheliegende Ziele an, bei einem gleichzeitigen Verzicht auf Kraftproben, bei denen von vornherein keine Erfolgchance besteht.

Auch für die gewerkschaftliche Arbeit gilt die alte Erfahrung, daß Erfolge die beste Empfehlung sind. Man wird deshalb besonders darüber zu wachen haben, daß Programm und praktische Arbeit der Gewerkschaften stets miteinander übereinstimmen.